

Vorneweg, bitte haben Sie Verständnis für den Fall, dass in Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt innerhalb der letzten 24 Stunden E-Mails mit weiterführenden Informationen, aufgrund der Berichterstattung der letzten Tage verschickt wurden, in dieser Stellungnahme nicht berücksichtigt werden können, da ich für gewöhnlich als Berufstätiger am Abend mich meinen Mails widme ....

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

- besondere Stellungnahme für mich – zuletzt im Januar 2011 für das gesamte Gremium gesprochen, umso wichtiger ist es mir heute für die Generation im Juso-Alter innerhalb der SPD Fraktion zu sprechen ... gerade und besonders vor dem aktuellen Hintergrund, dass immer mehr junge Menschen nichts mehr mit dem Begriff „Ausschwitz“ anfangen können und zeitgleich in vielerlei Gremien über rechtsextremistischen Terror diskutiert wird ...

Deshalb möchten wir zu Beginn nochmals die Wichtigkeit unterstreichen eine Gedenkstätte für die „Opfer des Nationalsozialismus und zur Wahrung der Demokratie und Menschenrechte“ nicht nur als bloße Stätte des Gedenkens zu verstehen, sondern als nachhaltiges lebendiges Mahnmal - als Sinnbild zur stetigen Auseinandersetzung mit diesem Teil unserer Stadtgeschichte (immerhin waren über 20% der damaligen Bevölkerung direkt von den negativen Auswirkungen betroffen) und dabei auch eine Vernetzung in die Bürgerschaft (Freiwilligen Agentur) und Schulen in die Überlegungen mit einfließen lässt – Stichwort „pädagogischer Ansatz“ – was bereits bei der Stellungnahme im Januar 2011 deutlich gemacht wurde ...

- ich habe ein Zitat mitgebracht... „nur ein Künstler selbst, kann ausdrücken, was sein Kunst-Werk bei uns auslösen soll“ ... ich nehme an Herr Oberbürgermeister Sie werden es erkannt haben - zwar ging es bei Ihrem Ausspruch, um das Kunstwerk auf dem Kaufland Kreisel (wir erinnern uns, der Künstler Herr Fleckenstein, hat zweimal in diesem Gremium gesprochen), dennoch meine ich, dass gerade bei einem Mahnmal diesem Satz noch eine viel größere Bedeutung zuzumessen ist. Insofern bleibt festzustellen, dass die derzeitige öffentliche – leider nicht immer sachliche – Debatte vermeidbar gewesen wäre und letztlich hausgemacht ist – die Hinweise und Warnungen aus diesem Gremium waren da.

Stichwort - Namensnennung:

- am 27.01.2011 fasste der Gemeinderat - ohne Gegenstimmen wohlgermerkt - in Bezug auf die Namensnennung folgenden Beschluss „Das Gedenken soll nicht allgemein halten werden, sondern das Unrecht soll konkret begreifbar gemacht werden, weshalb auch die Namen der Opfer genannt werden.“ (genau in dieser Form nachzulesen, in der entsprechenden Beschlussvorlage) was folgte war lange nichts – nicht unerwähnt bleiben sollten auch hier die Nachfragen aus der Mitte des Gemeinderates – im November befasste sich der Gemeinderat in nicht-öffentlicher Sitzung mit dem Thema, der Pressemitteilung der Stadt hierzu vom 29.12.2011 ist folgender Wortlaut zu entnehmen „Die Nennung der Namen der gestorbenen, aber auch der überlebenden Opfer geht, wie die Nachprüfung ergab, nur unter engen Voraussetzungen. Deshalb sehen Gemeinderat und Verwaltung keine Möglichkeit für eine entsprechende Umsetzung. (..) Der Gemeinderat hat sich inzwischen dafür ausgesprochen, die Gedenkstätte mit einem Gedenkbuch zu verknüpfen, das alle Opfernamen enthält und durch Interessierte eingesehen werden kann.“ – wir gehen davon aus, dass dies kein Beschluss war, da unter Tagesordnungspunkt 1 „Bekanntgabe der in nicht-öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse“ in der Dezembersitzung nichts dergleichen genannt wurde. Unsere Frage: wie sieht das formell aus? Verwundert sind wir zudem über die heutige Vorlage (und auch die bisherigen Stellungnahmen von CDU und SWF), dass sie diesem Beschlussvorschlag mit Nennung von 60 Opfernamen folgen können? Für uns ein Widerspruch zu der „Entscheidung“ des Gemeinderates, der zumindest Fragen aufwirft ...

- in der Beschlussvorlage ist von der Namensnennung von etwa 60 Todesopfern die Rede, hierzu direkt die Frage „welche Kriterien wurden hier zugrunde gelegt“ - dem gegenüber steht die Aussage der Stadtverwaltung in der Schwetzingener Zeitung vom 09.01.2012 ich zitiere: "Wir werden den Opferbegriff nicht definieren, weil er sehr vielschichtig ist."

Weiter sieht die Beschlussvorlage eine Veröffentlichung aller 2500 (sofern namentlich bekannt) Opfernamen im Internet vor, aber hier ist kein Wort darüber zu finden, wie dies mit den als Bedenken angeführten Persönlichkeitsrechten vereinbar ist – wie ist hier die rechtliche Situation? Nach unserem Dafürhalten gibt es keinen öffentlicheren Ort als das Internet ...

Auch fehlt uns in der Ausschreibung ein direkter Bezug zur Gesamtzahl der Opfer, der die Dimension erkennbar und erlebbar werden lässt. Denn dies macht unserer Meinung nach die Wirkung einer Gedenkstätte aus. Was wäre beispielsweise der Würfel am Mannheimer Paradeplatz ohne die Fülle an Namen (auch wenn diese lediglich symbolhaft wären)? Hier würden wir uns eine Spezifizierung der Ausschreibung wünschen. Gerade die immense Zahl an Zwangsarbeitern verlangt unserer Auffassung nach eine klare Vorgabe, die das Verhältnis der Opfer zur Einwohnerzahl vor Augen führt.

Denn, bedenkt man die damalige Schwetzingener Bevölkerungsstruktur so lässt sich feststellen, dass nahezu jeder sechste Einwohner gegen seinen Willen gewaltsam zur Arbeit gezwungen wurde, bis hin zum Tod. Bei der im Beschlussvorschlag vorgenommenen Selektion bezüglich der Namensnennung kann der Eindruck entstehen „was haben die Überlebenden falsch gemacht, dass man ihnen nicht in würdiger Dimension gedenken kann“. So wie die Ausschreibung derzeit ausgestaltet ist besteht zumindest die Gefahr, dass in der Wahrnehmung der Todesopfer gegenüber der Gesamt-Opferzahl in der Darstellung eine Form des Gedenkens entstehen könnte, die die tatsächliche Situation in Schwetzingen nicht abbildet. Es gibt in unseren Augen nichts Schlimmeres als am Ende ein Mahnmal zu haben, welches in keinster Weise - weder die zahlenmäßige Dimension, noch die menschliche Dimension (von der moralischen Dimension ganz zu schweigen) dokumentiert. Hier appellieren wir eindringlich die Ausschreibung entsprechend nachzubessern.

Ebenso drängt sich bei uns die Frage auf: seit wann sind der Verwaltung die Bestimmungen des Landesarchivgesetzes bei der Umsetzung von Gedenkstätten bzw. der öffentlichen Nennung von Opfernamen bekannt?

- offen bleibt auch die Frage, wie wird andernorts – in Baden-Württemberg - mit der Auslegung der Persönlichkeitsrechte umgegangen? Speziell möchten wir hier das Beispiel der Gedenkstätte in Grafeneck (Landkreis Reutlingen) anführen, bei dem sogar die damalige Landesdatenschutzbeauftragte Dr. Ruth Leuze keinerlei Bedenken hatte (wir berufen uns hierbei auf ihre Aussage zu finden auf der Homepage zu diesem Projekt).

Stichwort – Kosten:

- zu welchem Zeitpunkt haben Sie Herr Oberbürgermeister erstmals von einer Kostensteigerung gegenüber der in der Ausschreibung festgelegten 25.000 EUR erfahren bzw. wann gab es Anzeichen, dass diese Kosten in jedem Fall überschritten werden?

- welche Schritte wurden von Seiten der Verwaltung bisher unternommen, um finanzielle Mittel von Stiftungen bzw. Rechtsnachfolgern der Schwetzingener Unternehmen, in denen Zwangsarbeiter gegen ihren Willen „beschäftigt“ wurden, zu akquirieren?

- was kostet eine neue Ausschreibung?

- erhält der Künstler Deiml eine Entschädigung? Wenn ja, wie setzt sich diese zusammen?

Bei dieser Fülle an offenen Fragen können wir Jusos innerhalb der SPD-Fraktion der Beschlussvorlage in dieser Form nicht zustimmen, wenngleich wir die Errichtung einer Gedenkstätte zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und zur Wahrung der Demokratie mit Nachdruck unterstützen.

Nachdem wir anfangs beeindruckt waren von ihrem Vorstoß Herr Oberbürgermeister (auch und gerade die glaubhafte sehr persönliche Schilderung der Beweggründe und Motivation) - so kommen wir leider – und es betrübt mich sehr dies sagen zu müssen - aufgrund der mangelnden Transparenz und der bei wesentlichen Änderungen fehlenden Einbindung des Gemeinderates immer mehr und mehr zu der Erkenntnis: "Wer etwas will - der findet Wege, wer etwas nicht will - der findet Gründe."

Simon Abraham, 02.02.2012